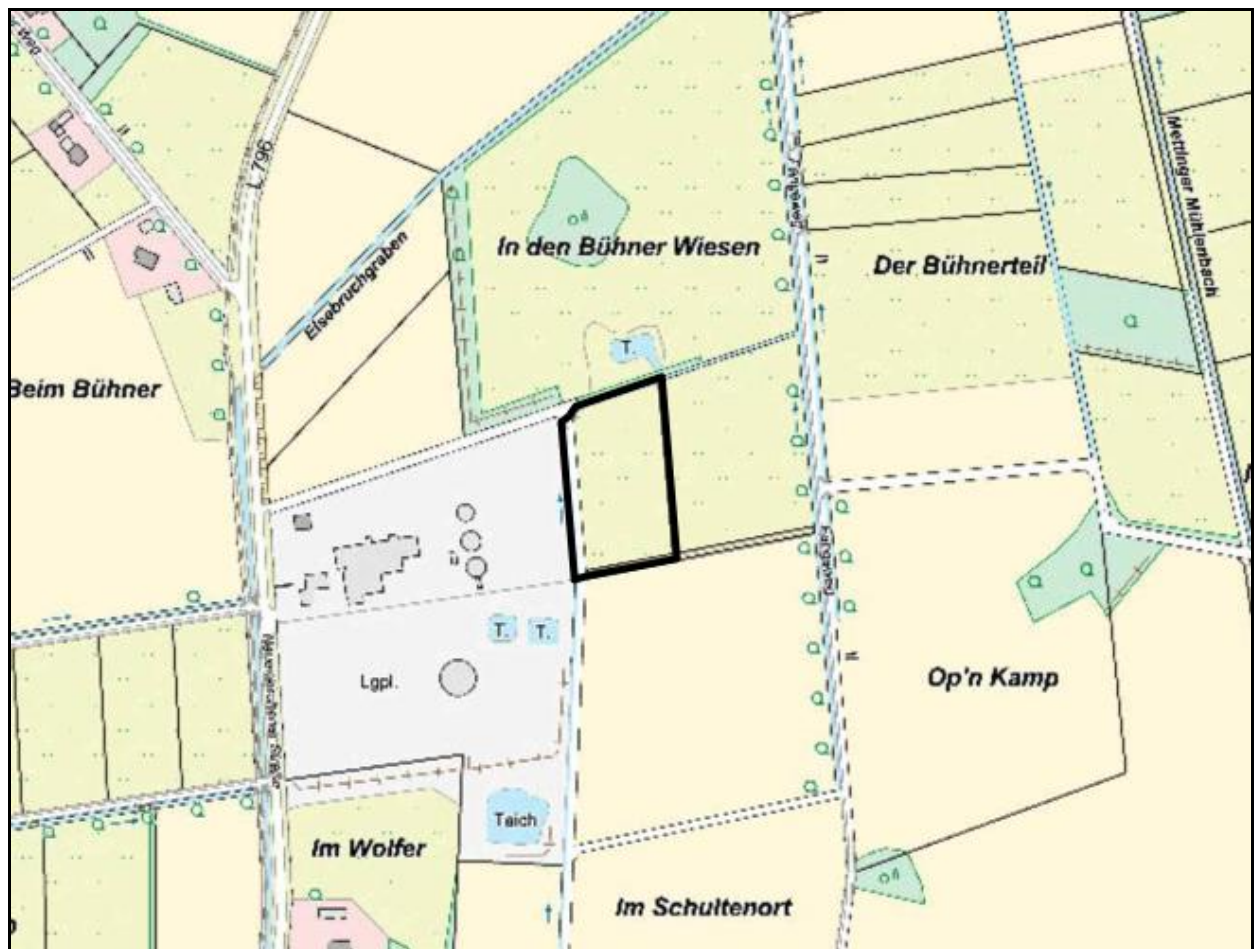


52. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Mettingen

Begründung und Umweltbericht

=====



DGK 3612-19

INHALTSVERZEICHNIS

I. Begründung

1. Planungsanlass, Aufstellungsbeschluss und räumlicher Geltungsbereich

2. Einordnung in übergeordnete Planungen

3. Planungsinhalte

3.1 Vorhandene Nutzung, Natur und Landschaft, Artenschutz

3.2 Boden-/Flächenschutz, Klimaschutz, Immissionsschutz, Hochwasserschutz

3.3 Erschließung, Ver- und Entsorgung, Gewässer

3.4 Altlasten, Kampfmittel

3.5 Denkmalschutz

II. Umweltbericht

Einleitung

Inhalt und Ziele der Bauleitplanung

In Fachgesetzen/-plänen festgelegte Ziele des Umweltschutzes und ihre Berücksichtigung

Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes – Basisszenario und Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Landschaft, Landschaftsbild

- Landschafts- und sonstige relevante Fachpläne

Natura 2000, Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt, Artenschutz

Fläche, Boden, Flächen-/Bodenschutz und Wasser/Hochwasserschutz

Mensch und seine Gesundheit, Bevölkerung

- Emissionen, Abfälle und Abwässer

Luft und Luftqualität, Klima und Klimaschutz, Energienutzung

Kultur- und sonstige Sachgüter

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Landschaft, Landschaftsbild

Landschafts- und sonstige relevante Fachpläne

Natura 2000, Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt, Artenschutz

Fläche, Boden, Flächen-/Bodenschutz und Wasser/Hochwasserschutz

Mensch und seine Gesundheit, Bevölkerung

- Emissionen, Abfälle und Abwässer

Luft und Luftqualität, Klima und Klimaschutz, Energienutzung

Kultur- und sonstige Sachgüter

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes

Beschreibung der Umweltschutzmaßnahmen

Vermeidung, Verhinderung, Verringerung, Ausgleich

Übersicht über anderweitige Planungsmöglichkeiten

Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 Absatz 6 Nr. 7 Buchstabe j

Zusätzliche Angaben

Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)

Allgemein verständliche Zusammenfassung

Referenzliste der Quellen

I. Begründung

1. Planungsanlass, Aufstellungsbeschluss und räumlicher Geltungsbereich

Ein vor Ort ansässiges Unternehmen benötigt zur Standortsicherung und damit zur Existenzsicherung zusätzliche Flächen in direktem Anschluss an die bereits vorhandene Betriebsstätte östlich der Neuenkirchener Straße.

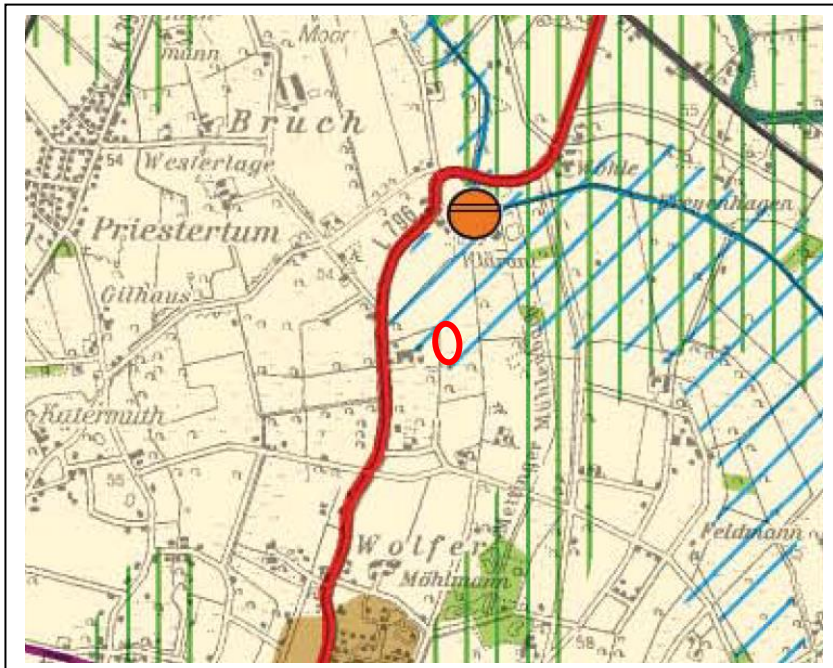
Somit sollen mit dieser Änderung des Flächennutzungsplanes die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Flächen für die Ver- und Entsorgung geschaffen werden.

Der Rat der Gemeinde Mettingen hat in seiner Sitzung am _____ beschlossen, den rechtswirksamen Flächennutzungsplan zu ändern, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Flächen für die Ver- und Entsorgung nördlich der Ortslage zu schaffen.

Der räumliche Geltungsbereich für diese Änderung des Flächennutzungsplanes ist durch eine geschlossene Linie zeichnerisch festgesetzt und zudem der Gegenüberstellung von Bestand und Änderung im Planteil zu entnehmen.

2. Einordnung in übergeordnete Planungen

Der **Regionalplan Münsterland** (RPL-MSL) stellt für die geplante Fläche für Ver- und Entsorgung zeichnerisch einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich im Randbereich des Überschwemmungsgebietes dar.



Ergänzt wird das zeichnerische Ziel der Siedlungsentwicklung um folgende textliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung aus dem Regionalplan Münsterland:

Ziel 1.1 Die kommunale Bauleitplanung hat ihre Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht sowie freiraum- und umweltverträglich auszurichten. Dabei hat die Innenentwicklung Vorrang vor einer Außenentwicklung. Dauerhaft nicht mehr benötigte Flächenreserven sind wieder dem Freiraum zuzuführen.

Grundsatz 4.3 *Bei der Entwicklung neuer Bauflächen sollen Möglichkeiten einer verbesserten Nutzung und sinnvollen Erweiterung bestehender Infrastruktureinrichtungen überprüft werden, bevor über den Aufbau neuer Einrichtungen und Netze der technischen und sozialen Infrastruktur nachgedacht wird.*

Ziel 3.3 *Die in den Flächennutzungsplänen vorhandenen Flächenreserven sind vorrangig zu entwickeln.*

Ziel 29 *Naturräumliche Funktion der stehenden und fließenden Gewässer beachten, Nutzungen verträglich gestalten, biologische Intaktheit sichern.*

und aus dem Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen:

Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung: *Die Siedlungsentwicklung ist flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotentialen auszurichten. Die Regionalplanung legt bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen fest. Sofern im Regionalplan bereits bedarfsgerecht Siedlungsraum dargestellt ist, darf Freiraum für die regionalplanerische Festlegung neuen Siedlungsraums in Anspruch genommen werden, wenn zugleich an anderer Stelle ein gleichwertiger, bisher planerisch für Siedlungszwecke vorgesehener Bereich im Regionalplan wieder als Freiraum festgelegt oder eine gleichwertige Baufläche im Flächennutzungsplan in eine Freifläche umgewandelt wird (Flächentausch).*

Der Planbereich befindet sich innerhalb des Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiches. Das Gewässer 1220 verläuft entlang der westlichen und nördlichen Planbereichsgrenze. Mit der Entwicklung der Bauflächen am geplanten Standort kann eine sinnvolle Erweiterung und Nutzung vorhandener Infrastruktureinrichtungen sichergestellt werden.

Nach den ermittelten Flächenbedarfe für die Wirtschaft ist die Inanspruchnahme der Planbereichsfläche bedarfsgerecht, zumal ein vor Ort ansässiges Unternehmen diese Flächen als Betriebserweiterung zur Standortsicherung benötigt. Somit kann eine kostspielige Umsiedlung, die einen hohen Flächenverbrauch an anderer Stelle hervorrufen würde, verhindert und die somit nicht in Anspruch genommenen Flächen im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund gesichert werden.

Die Gemeinde Mettingen sieht die geplante Gewerbeentwicklung östlich der Neuenkirchener Straße mit den geltenden Zielen 1.1, 3.3, 6.1-1 und 29 sowie dem Grundsatz 4.3 der Raumordnung (Regionalplan Münsterland) und der Landesplanung (Landesentwicklungsplan NRW) zur bedarfsgerechten Inanspruchnahme als vereinbar an.

Raumbedeutsame Maßnahmen zum Hochwasserschutz sind innerhalb des Plangebietes bisher nicht vorhanden bzw. vorgesehen. Das Plangebiet befindet sich nicht innerhalb eines Gefahren- bzw. Risikogebietes außerhalb von Überschwemmungsgebieten (gemäß § 78 b WHG). Jedoch liegt es innerhalb des Überschwemmungsgebietes der Mettinger Aa. Weitere Informationen sind unter Punkt 3.2 – Hochwasserschutz beschrieben.

Hinsichtlich der Standortwahl für das dieser Planung zu Grunde liegende geplante Gebiet ist herauszustellen, dass es Zielsetzung der Gemeinde Mettingen ist, im Sinne einer geordneten und nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, neue Bauflächen in Anlehnung an bestehende Strukturen zu entwickeln.

Auch die Verfügbarkeit entsprechender Flächen stellt eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung der Planung dar. In diesem Zusammenhang konnten die Flächen bereits vom ansässigen Unternehmen zum Großteil akquiriert werden.

Im wirksamen **Flächennutzungsplan** der Gemeinde Mettingen ist der Planbereich als Fläche für die Landwirtschaft und der nordöstliche Bereich als Überschwemmungsgebiet dargestellt. Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Flächen für die Ver- und Entsorgung zu schaffen, ist die Änderung von Flächen für die Landwirtschaft in einer Größe von rd. 0,77 ha in Flächen für die Ver- und Entsorgung erforderlich.

3. Planungsinhalte

3.1 Vorhandene und geplante Nutzung, Natur und Landschaft, Artenschutz

Vorhandene Nutzung

Der Planbereich befindet sich nördlich der Ortslage von Mettingen, östlich der Neuenkirchener Straße und umfasst eine Grünlandfläche, die dauernass ist und 2- bis 3-mal im Jahr zur Herstellung von Silage gemäht wird. Das weitere Umfeld ist geprägt zum einen durch die vorhandene Ver- und Entsorgungsfirma Recyclinghof Büscher-Seifert im Westen/Südwesten und zum anderen durch landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen) im Norden, Osten und Süden.

Begrenzt wird das Plangebiet im Westen vom vorhandenen Betriebsgelände (Bürogebäude und Lagerflächen) des ansässigen Unternehmens, im Westen und Norden von dem Gewässer 1220 sowie darüber hinaus im Norden, Osten und Süden von landwirtschaftlichen Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen).

Geplante Nutzung

Es ist geplant die ca. 0,77 ha große Planfläche, die sich als landwirtschaftliche Fläche (Grünland) darstellt, für das ansässige Unternehmen als Betriebserweiterungsfläche (u.a. Lagerfläche) zu nutzen und daher in Flächen für die Ver- und Entsorgung zu ändern.

Natur und Landschaft



Der Planbereich befindet sich nördlich der Ortslage von Mettingen und umfasst eine dauernasse Grünlandfläche östlich der Neuenkirchener Straße. Westlich sowie nördlich entlang der Planbereichsgrenze verläuft das Gewässer 1220. Die Planbereichsfläche selbst ist frei von jeglichen Gehölzen. Entlang der nördlichen Planbereichsfläche jenseits des Gewässers befinden sich einige Einzelbäume, eine Teichanlage (Biotop) und entlang der westlichen Grenze, auf dem derzeitigen Recyclinghofgelände sind Heckenpflanzungen vorhanden. Das weitere Umfeld ist geprägt zum einen durch die vorhandene Ver- und Entsorgungsfirma Recyclinghof

Büscher-Seifert im Westen/Südwesten und zum anderen durch landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen) im Norden, Osten und Süden.

Der Verfahrensbereich zählt zur naturräumlichen Haupteinheit 535 „Osnabrücker Hügelland“. Die Fließgewässer gehören zum Unterhaltungsverband Mettinger Aa.

Östlich, in rd. 520 m Entfernung, befindet sich das Naturschutzgebiet „Düsterdieker Niederung“ (ST-034).

Nördlich in geringer Entfernung schließt das gesetzlich geschützte Biotop BT-3612-0239-2008 (Seggen- und Binsenreiche Nasswiesen) an das Plangebiet an.

Sonstige Naturschutzgebiete, FFH- oder Landschaftsschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, Naturdenkmale oder Biotope, die gem. § 62 LG NRW geschützt sind, sind für das Plangebiet und dessen Umfeld nicht angegeben.

Die Umsetzung der Flächennutzungsplanänderung wird voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen auf die genannten Gebiete haben, da diese nicht direkt betroffen sind und auch keine indirekten Auswirkungen zu erwarten sind.

Auch sind für den Verfahrensbereich und in einem Abstand von über 300 m hierzu keine Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung bzw. Natura 2000 Gebiete (FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete) aufgezeigt. Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet (VSG Düsterdieker Niederung, DE-3612-401) liegt in einer Entfernung von mehr als 1,4 km und das nächste FFH-Gebiet (DE-3612-301, FFH Mettinger und Recker Moor) in über 3,0 km Entfernung.

Artenschutz

Als Arbeitshilfe für die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes in der Bauleitplanung hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) eine Liste der planungsrelevanten Arten in NRW sowie großmaßstäbliche Angaben über deren Vorkommen in den einzelnen Regionen des Landes herausgegeben (FIS). Darüber hinaus führt das LANUV ein Fundortkataster der planungsrelevanten Arten, deren Inhalte projektbezogen Verwendung finden.

Nach der Liste der „Planungsrelevanten Arten“ in NRW für den Quadranten 4 im Messischblatt 3612 (Mettingen) bieten die im Plangebiet vorhandenen bzw. unmittelbar angrenzenden Lebensraumtypen Fließgewässer, Kleingehölze, Bäume, Äcker und Feucht-/Nasswiesen potentiell geeignete Lebensräume für 1 Säugetier (Fischotter), 10 Fledermausarten, 28 Vogelarten und eine Reptilienart. Im Fundortkataster des LANUV für das Vorkommen von planungsrelevanten Arten liegen für das Plangebiet selbst und im näheren Umfeld keine Angabe vor (LINFOS 07/2024).

Art	Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Erhaltungszustand in NRW (ATL)	Bemerkung	FlieG	KIGehoeI	Aeck	FeuW
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name							
Säugetiere								
<i>Eptesicus serotinus</i>	Breitflügelfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	U↓	(Na)	Na		Na
<i>Lutra lutra</i>	Fischotter	Nachweis ab 2000 vorhanden		U↑	FoRu, Na			
<i>Myotis dasycneme</i>	Teichfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na	(Na)	Na
<i>Myotis daubentonii</i>	Wasserfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na		(Na)
<i>Myotis mystacinus</i>	Kleine Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na		
<i>Myotis nattereri</i>	Fransenfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na		(Na)
<i>Nyctalus leisleri</i>	Kleinabendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	U	Na	Na		Na
<i>Nyctalus noctula</i>	Abendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	(Na)	Na	(Na)	(Na)
<i>Pipistrellus nathusii</i>	Rauhautfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na			
<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	Zwergfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	(Na)	Na		(Na)
<i>Plecotus auritus</i>	Braunes Langohr	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G		FoRu, Na		Na
Vögel								
<i>Accipiter gentilis</i>	Habicht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	U		(FoRu), Na	(Na)	(Na)
<i>Accipiter nisus</i>	Sperber	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(FoRu), Na	(Na)	(Na)
<i>Acrocephalus scirpaceus</i>	Teichrohrsänger	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	FoRu			
<i>Alauda arvensis</i>	Feldlerche	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U↓			FoRu!	(FoRu)
<i>Alcedo atthis</i>	Eisvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	FoRu!			
<i>Anas crecca</i>	Krickente	Nachweis 'Rast/Wintervorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Ru			
<i>Anthus trivialis</i>	Baumpieper	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U↓		FoRu		
<i>Athene noctua</i>	Steinkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	U		(FoRu)	(Na)	(Na)
<i>Buteo buteo</i>	Mäusebussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(FoRu)	Na	(Na)
<i>Carduelis cannabina</i>	Bluthänfling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U		FoRu	Na	
<i>Coturnix coturnix</i>	Wachtel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U			FoRu!	
<i>Cuculus canorus</i>	Kuckuck	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U↓		Na		(Na)
<i>Delichon urbica</i>	Mehlschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U	(Na)		Na	(Na)
<i>Dryobates minor</i>	Kleinspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	U		Na		
<i>Dryocopus martius</i>	Schwarzspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(Na)		
<i>Falco tinnunculus</i>	Turmfalke	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(FoRu)	Na	(Na)
<i>Hirundo rustica</i>	Rauchschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U	(Na)	(Na)	Na	Na
<i>Numenius arquata</i>	Großer Brachvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden		U			(FoRu)	FoRu!

Oriolus oriolus	Pirol	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu		
Passer montanus	Feldsperling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U	(Na)	Na	Na
Perdix perdix	Rebhuhn	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu!		
Phoenicurus phoenicurus	Gartenrotschwanz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U	FoRu		(Na)
Streptopelia turtur	Turteltaube	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu	Na	(Na)
Strix aluco	Waldkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Na		(Na)
Sturnus vulgaris	Star	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U		Na	Na
Tringa ochropus	Waldwasserläufer	Nachweis 'Rast/Wintervorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Ru, Na		(Ru), (Na)
Tyto alba	Schleiereule	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na	Na
Vanellus vanellus	Kiebitz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu!		FoRu!
Vanellus vanellus	Kiebitz	Nachweis 'Rast/Wintervorkommen' ab 2000 vorhanden	S	U	(Ru), (Na)	Ru, Na	Ru, Na
Reptilien							
Coronella austriaca	Schlingnatter	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	U	(FoRu)		

Um erhebliche Auswirkungen der Bauleitplanung auf die Belange des Artenschutzes und gegebenenfalls eine Betroffenheit durch den Verlust von Lebensräumen oder eine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungsstätten besser abschätzen zu können, wird im Zuge des Verfahrens ein Fachbüro mit einer faunistischen Untersuchung bzw. Artenschutzprüfung (ASP) beauftragt.

Mit der geplanten baulichen Nutzung dieses Bereiches wird ein Eingriff in Natur und Landschaft auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche (Grünland) hervorgerufen.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung, Verringerung und zum Ausgleich negativer Umweltauswirkungen werden im Rahmen der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung ermittelt und in die Planung eingestellt. Es ist vorgesehen, das sich aus der Gegenüberstellung von Bestand und Planung ergebende Kompensationsergebnis extern auszugleichen. Detailliertere Informationen werden im Zuge der Erarbeitung des Umweltberichtes bzw. des nächsten Verfahrensschrittes eingestellt.

3.2 Boden-/Flächenschutz, Klimaschutz, Immissionsschutz, Hochwasserschutz

Boden-/Flächenschutz

In der Bauleitplanung ist die Bodenschutzklausel im Sinne des § 1 a (2) BauGB in Verbindung mit § 1 ff. Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) und § 1 ff. Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) zu beachten. Insbesondere sind Bodenversiegelungen zu begrenzen, schädliche Bodenveränderungen sind zu vermeiden, Wieder-/Umnutzungen von versiegelten, sanierten Flächen genießen Vorrang. Besonders zu schützen sind Böden mit hochwertigen Bodenfunktionen gemäß § 2 (1) BBodSchG. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen ist besonders zu begründen. Diese Regelung steht im inhaltlichen Zusammenhang mit der sogenannten Umwidmungssperrklausel des § 1 a Absatz 2 Satz 2 BauGB, nach der landwirtschaftlich und als Wald genutzte Flächen nur im notwendigen Umfang um genutzt, also vor allem für bauliche Zwecke in Anspruch genommen werden sollen.

Nach der „Karte der schutzwürdigen Böden NRW (BK 50)“ des Geologischen Dienstes NRW befinden sich im Planbereich ein Anmoorgley, stellenweise Moorgley, stellenweise Niedermoor aus 2 – 6 dm anmoorigem Sand und schwach bis mittel lehmigem anmoorigen Sand und Niedermoor aus Bachablagerungen zum Teil Niedermoor des Holozän. Dieser lagern über Sand, der stellenweise schwach schluffig und stellenweise schwach lehmig ist aus Terrassenablagerungen des Jungpleistozän.

Im nordöstlichen Eckbereich des Plangebietes befindet sich ein Niedermoor, vereinzelt Moorgley aus 2 – 10 dm Niedermoor aus Niedermoor des Holozän. Dieser lagert über Sand, der stellenweise schwach schluffig und stellenweise schwach lehmig ist aus Terrassenablagerungen des Jungpleistozän, alternativ aus Bachablagerungen des Holozän. Diese Moorböden haben eine hohe Funktionserfüllung als Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte und sind daher schutzwürdige Böden im Sinne des Bodenschutzgesetzes.

Das Plangebiet schließt östlich an das vorhandene Betriebsgelände Recyclinghof Büscher-Seifert an. Im Norden, Osten und Süden grenzen landwirtschaftlich genutzte Acker- und Grünlandflächen und im Westen/Südwesten das besagte Betriebsgelände Recyclinghof Büscher-Seifert an. Das Plangebiet selbst stellt sich als dauernasse Grünlandfläche ohne Gehölzbestand dar. Westlich und nördlich entlang der Planbereichsgrenze verläuft das Gewässer 1220. Eine Umwandlung von Wald geht mit dieser Planung nicht einher.

Grundsätzlich ist die Gemeinde Mettingen bestrebt, Neuversiegelung zu begrenzen und im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden eine Innenentwicklung vorrangig vor einer Außenentwicklung zu betreiben. Ein Entwicklungspotential wird jedoch in diesem Fall im direkten Anschluss an das vorhandene Betriebsgelände benötigt.

Die Inanspruchnahme der dauernassen Grünlandfläche ist unvermeidbar, da dieser Bereich dem ansässigen Unternehmen zur Existenzsicherung als Erweiterungsflächen im direkten Anschluss an das bereits vorhandene Betriebsgelände dient und vorhandene Infrastruktureinrichtungen sinnvoll mitgenutzt werden können.

Zudem können lokal die Auswirkungen auf den Boden durch konkrete Regelungen auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wirkungsvoll gemindert werden.

Die Belange des Bodenschutzes bzw. der Landwirtschaft werden gegenüber den städtebaulichen Belangen, die für eine bauliche Entwicklung an dieser Stelle sprechen zurückgestellt.

Klimaschutz

Mit der BauGB-Novelle 2011 sind der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Anknüpfung an den Nachhaltigkeitsgrundsatz in § 1 Abs. 5 BauGB sozusagen als Programmsatz in das städtebauliche Leitbild integriert worden. Dabei „soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.“ Die Belange des Klimaschutzes sind daher bei der Aufstellung von Bauleitplänen verstärkt in die Abwägung einzustellen.

Der betroffene Bereich weist gegenwärtig keine hervorzuhebende Bedeutung hinsichtlich der klimatischen Verhältnisse im Ortsbereich von Mettingen (Luftaustausch, Kaltluftentstehung) auf. Die vorhandene Vegetation hat lediglich Auswirkungen auf das Mikroklima durch Luftregeneration (Bindung von CO₂ und Staub).

Mit Blick auf eine klimaangepasste Bauleitplanung wird der Bauherrschaft ausdrücklich empfohlen, aus Gründen des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit einen Energiestandard der Gebäude anzustreben, der über dem Anforderungsniveau der geltenden rechtlichen Bestimmungen (z.B. Energieeinsparverordnung – EnEV) liegt. Es empfiehlt sich, zur Planung der im Ein-

zelfall sinnvollen Maßnahmen frühzeitig einen qualifizierten Energieberater (z.B. Energieberatung der Verbraucherzentrale, Wärmeschutzsachverständigen) hinzuzuziehen und regenerative Energien (z.B. Solarenergie) zu nutzen. Entsprechende Handlungsanleitungen werden den Grundstückseigentümern zu gegebener Zeit an die Hand gegeben.

Immissionsschutz

Der Planbereich befindet sich nördlich der Ortslage von Mettingen östlich der Neuenkirchener Straße und umfasst eine dauernasse Grünlandfläche ohne Gehölzbewuchs. Das weitere Umfeld ist geprägt zum einen durch die vorhandene Ver- und Entsorgungsfirma Recyclinghof Büscher-Seifert im Westen/Südwesten und zum anderen durch landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen) im Norden, Osten und Süden. Die nächstgelegenen Wohngebäude befinden sich in über 300 m Entfernung.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen für die Menschen im Umfeld des Verfahrensbereiches werden nicht erwartet. Für die dort lebenden Menschen ergeben sich durch die geplante Gewerbeerweiterung keine unzumutbaren Auswirkungen.

Hochwasserschutz

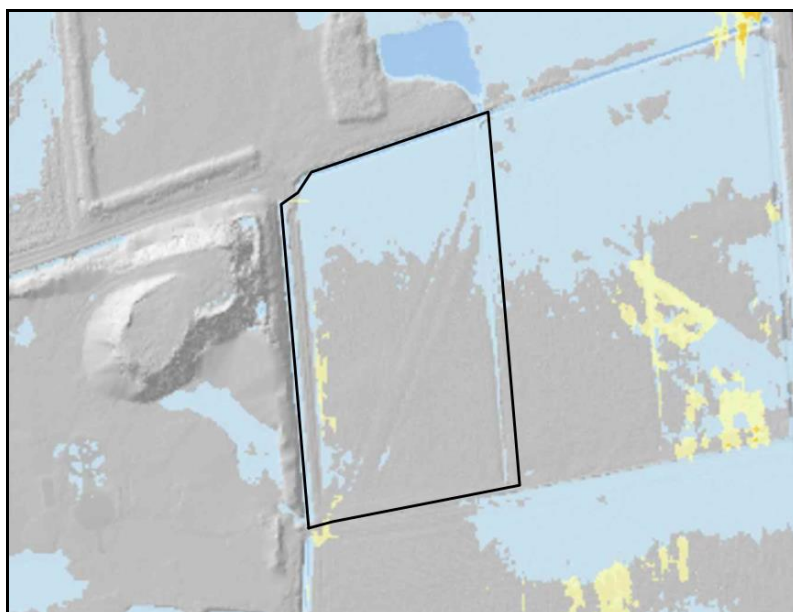
Raumbedeutsame Maßnahmen zum Hochwasserschutz sind bislang innerhalb des Plangebietes nicht vorhanden bzw. vorgesehen.

Das Plangebiet befindet sich zudem nicht innerhalb eines Gefahren- bzw. Risikogebietes außerhalb von Überschwemmungsgebieten (gemäß § 78 b WHG). Jedoch liegt es innerhalb des Überschwemmungsgebietes der Mettinger Aa.

Eine grenzüberschreitende Koordinierung der Planungen und Maßnahmen zum Hochwasserschutz zur Minimierung der Hochwasserrisiken ist aufgrund der Lage des Plangebietes nicht erforderlich.

Anhand vorliegender Erkenntnisse sind durch die Lage und die bauliche Prägung des Plangebietes keine Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse zu erwarten.

Nach der Starkregengefahrenkarte NRW der Themenkarten des Geoportals NRW handelt es sich um einen Bereich, der teilweise überflutet werden kann. Im nördlichen Planbereich ergeben sich mögliche Überflutungen von 0,1 bis 0,5 m Wasserhöhe.



Legende	
Wasserhöhen (extremes Ereignis)	
	< 0.1 m
	0.1 - 0.5 m
	0.5 - 1 m
	1 - 2 m
	2 - 4 m
	> 4 m
Fließgeschwindigkeiten (extremes Ereignis)	
	0 m/s
	0.2 - 0.5 m/s
	0.5 - 2.0 m/s
	> 2.0 m/s
Wasserhöhen (seltenes Ereignis)	
	< 0.1 m
	0.1 - 0.5 m
	0.5 - 1 m
	1 - 2 m
	2 - 4 m
	> 4 m
Fließgeschwindigkeiten (seltenes Ereignis)	
	0 m/s
	0.2 - 0.5 m/s
	0.5 - 2.0 m/s
	> 2.0 m/s

Es wird darauf hingewiesen, dass jeder Eigentümer im Zusammenhang mit Niederschlagswässern sein Grundstück gegen Überflutung infolge von Starkregenereignissen schützen sollte.

3.3 Erschließung, Ver- und Entsorgung, Gewässer

Erschließung

Die Erschließung für die Erweiterung der Ver- und Entsorgungsflächen erfolgt ausschließlich über das bestehende Betriebsgelände an der Neuenkirchener Straße.

Ver- und Entsorgung

Die Versorgung des Planbereiches mit elektrischer Energie, Wasser, Gas und Telekommunikationseinrichtungen wird durch die zuständigen Versorgungsträger sichergestellt.

Das anfallende Regenwasser wird auf dem Grundstück des Recyclinghofes versickert.

Das anfallende Schmutzwasser wird in eine abflusslose Grube abgeleitet und dann zur Kläranlage abgefahren.

Gewerbebetriebe mit anderen als häuslichen Abwässern müssen ihre Abwässer erforderlichenfalls so vorbehandeln, dass sie der Kläranlage schadlos zugeführt werden können.

Die Trinkwasserversorgung erfolgt über das Wasserleitungsnetz.

Beim Bau und Betrieb von Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung werden die allgemein anerkannten Regeln der Technik gemäß den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben beachtet.

Gewässer

Westlich und nördlich entlang der Plangebietsgrenze verläuft das Gewässer 1220, das zum Unterhaltungsverband Mettinger Aa gehört. Im Zuge der Überplanung soll ein wasserrechtlicher Antrag auf Verrohrung des westlichen Gewässerabschnittes gestellt werden.

3.4 Altlasten, Kampfmittel

Für den Planbereich sind zurzeit keine Bodenbelastungen durch Altlasten, Altstandorte oder Altablagerungen und keine entsprechenden Verdachtsflächen i.S. des Runderlasses vom 14.03.2005 (SMBI.NW.S.582) bekannt.

Für das sich westlich anschließende Grundstück ist im Bereich des Hauptgebäudes außerhalb des Planbereiches eine altlastverdächtige Fläche mit der laufenden Nr. 14-23 vorhanden.

Hinweise auf Kampfmittelvorkommen sind nicht bekannt. Sollte jedoch der Verdacht auf Kampfmittel aufkommen sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

3.5 Denkmalschutz

Es sind keine Baudenkmale noch sonstige Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes (DSchG NRW) bzw. Objekte, die im Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes der Gemeinde Mettingen, ausgestellt vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege, enthalten sind, innerhalb des Planbereiches vorhanden.

Bodendenkmale (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde, aber auch Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) sind nicht bekannt, könnten aber bei Ausschachtungsarbeiten entdeckt werden. Ihre Entdeckung ist der Gemeinde und dem Land-

schaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Münster, unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz).

Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen.

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um ggf. archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

II. Umweltbericht

Einleitung

Seit dem Inkrafttreten des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau am 20. Juli 2004 ist für alle Bauleitpläne eine Umweltprüfung vorzunehmen. Unter bestimmten Voraussetzungen und unter Erfüllung vorgegebener Kriterien kann von einer Umweltprüfung und damit auch von der Erstellung eines Umweltberichtes abgesehen werden (vereinfachtes Verfahren, beschleunigtes Verfahren, Innenentwicklung, Arrondierung im Außenbereich; vgl. §§ 13, 13a und 13b BauGB und Anlage 2 zu § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB).

Nach § 1 des Baugesetzbuches sind bei der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung der Bauleitpläne insbesondere die unter Abs. 6 aufgeführten Belange zu berücksichtigen. Hierzu gehören neben anderen Belangen (z.B. Soziale-, kulturelle- und Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, Bedürfnisse der Wirtschaft etc.) auch die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes, die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere des Naturhaushaltes, des Wassers, der Luft und des Bodens sowie des Klimas.

Mit der BauGB-Novelle 2011 sind der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Anknüpfung an den Nachhaltigkeitsgrundsatz in § 1 Abs. 5 BauGB sozusagen als Programmsatz in das städtebauliche Leitbild integriert worden. Dabei *„soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.“* Die Belange des Klimaschutzes sind daher bei der Aufstellung von Bauleitplänen verstärkt in die Abwägung einzustellen.

In der Abwägung zu berücksichtigen und in der Begründung dazulegen sind unter Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013 im Hinblick auf die Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme der § 1 Abs. 5 BauGB (städtebauliche Entwicklung soll vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen) und der § 1 a Abs. 2 BauGB *„Bodenschutzklausel“* (Begründung der Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen).

Hinsichtlich der Belange von Natur und Landschaft ist die Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes zu beachten. Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können. Die Eingriffsregelung wird integriert im Umweltbericht abgearbeitet.

Inhalt und Ziele der Bauleitplanung

Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans, einschließlich einer Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über Standorte, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben.

Ein vor Ort ansässiges Unternehmen benötigt zur Standortsicherung und damit zur Existenzsicherung zusätzliche Flächen in direktem Anschluss an die bereits vorhandene Betriebsstätte östlich der Neuenkirchener Straße.

Somit sollen mit dieser Änderung des Flächennutzungsplanes die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Flächen für die Ver- und Entsorgung geschaffen werden.

Hinsichtlich der Standortwahl für das dieser Planung zu Grunde liegende geplante Gebiet ist herauszustellen, dass es Zielsetzung der Gemeinde Mettingen ist, im Sinne einer geordneten und nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, neue Bauflächen in Anlehnung an bestehende Strukturen zu entwickeln.

Ferner kann mit der Entwicklung der gewerblichen Bauflächen am geplanten Standort eine sinnvolle Nutzung vorhandener Infrastruktureinrichtungen sichergestellt werden.

Auch die Verfügbarkeit entsprechender Flächen stellt eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung der Planung dar. In diesem Zusammenhang konnten die Flächen bereits vom ansässigen Unternehmen zum Großteil akquiriert werden.

Die Erschließung für die Erweiterung der Ver- und Entsorgungsflächen erfolgt ausschließlich über das bestehende Betriebsgelände an der Neuenkirchener Straße. Weitere Details sind der nachfolgenden Bebauungsplanung zu entnehmen.

Der Planbereich befindet sich nördlich der Ortslage von Mettingen, östlich der Neuenkirchener Straße und umfasst eine Grünlandfläche, die dauernass ist und 2- bis 3-mal im Jahr zur Herstellung von Silage gemäht wird. Das weitere Umfeld ist geprägt zum einen durch die vorhandene Ver- und Entsorgungsfirma Recyclinghof Büscher-Seifert im Westen/Südwesten und zum anderen durch landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen) im Norden, Osten und Süden.

Begrenzt wird das Plangebiet im Westen vom vorhandenen Betriebsgelände (Bürogebäude und Lagerflächen) des ansässigen Unternehmens, im Westen und Norden von dem Gewässer 1220 sowie darüber hinaus im Norden, Osten und Süden von landwirtschaftlichen Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen).

Der Verfahrensbereich zählt zur naturräumlichen Haupteinheit 535 „Osnabrücker Hügelland“. Die Fließgewässer gehören zum Unterhaltungsverband Mettinger Aa.

Östlich, in rd. 520 m Entfernung, befindet sich das Naturschutzgebiet „Düsterdieker Niederung“ (ST-034).

Nördlich in geringer Entfernung schließt das gesetzlich geschützte Biotop BT-3612-0239-2008 (Seggen- und Binsenreiche Nasswiesen) an das Plangebiet an.

Sonstige Naturschutzgebiete, FFH- oder Landschaftsschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, Naturdenkmale oder Biotope, die gem. § 62 LG NRW geschützt sind, sind für das Plangebiet und dessen Umfeld nicht angegeben.

Die Umsetzung der Flächennutzungsplanänderung wird voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen auf die genannten Gebiete haben, da diese nicht direkt betroffen sind und auch keine indirekten Auswirkungen zu erwarten sind.

Auch sind für den Verfahrensbereich und in einem Abstand von über 300 m hierzu keine Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung bzw. Natura 2000 Gebiete (FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete) aufgezeigt. Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet (VSG Düsterdieker Niederung, DE-3612-401) liegt in einer Entfernung von mehr als 1,4 km und das nächste FFH-Gebiet (DE-3612-301, FFH Mettinger und Recker Moor) in über 3,0 km Entfernung.

Mit der geplanten baulichen Nutzung dieses Bereiches wird ein Eingriff in Natur und Landschaft, insbesondere durch die Versiegelung einer dauernassen Grünlandfläche hervorgerufen.

Es ist vorgesehen, das sich aus der Gegenüberstellung von Bestand und Planung ergebende Kompensationsdefizit innerhalb des Plangebietes sowie extern auszugleichen.

In Fachgesetzen/-plänen festgesetzte Ziele des Umweltschutzes und ihre Berücksichtigung

Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden.

Für die Bauleitplanung relevant sind die folgenden, in den Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes.

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW:

Natur und Landschaft sind im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, dass

1. die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
3. die Pflanzen- und Tierwelt sowie
4. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft

als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft nachhaltig gesichert sind.

Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Frist auszugleichen, soweit es zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich ist.

Baugesetzbuch:

Bauleitpläne sollen nach § 1 (5) BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, gewährleisten. Bauleitpläne sollen dazu beitragen, eine menschwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, den allgemeinen Klimaschutz zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Darüber hinaus enthält § 1a BauGB Vorschriften zum Umweltschutz, die sogenannte Bodenschutz- und Umwidmungsklausel und die Eingriffsregelung. Danach soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen sind die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenverdichtung zu nutzen sowie Bodenversiegelung auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang genutzt werden.

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung:

Zweck dieses Gesetzes ist es sicherzustellen, dass bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben zur wirksamen Umweltvorsorge nach einheitlichen Grundsätzen

1. die Auswirkungen auf die Umwelt frühzeitig und umfassend ermittelt, beschrieben und bewertet werden,
2. das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung so früh wie möglich bei allen behördlichen Entscheidungen über die Zulässigkeit berücksichtigt wird.

Bundesimmissionsschutzgesetz inkl. Verordnungen:

Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädigenden Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).

TA Lärm:

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.

DIN 18005:

Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig.

Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)

Das BBodSchG bezweckt, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.

Für den Verfahrensbereich und dessen direktes Umfeld existieren aus den Bereichen des Abfall- und Immissionsschutzrechtes keine weitergehenden Ziele aus relevanten Fachplänen. Es liegen keine Gutachten vor.

Spezifische Ziele und Ausführungen der Fachgesetze, Verordnungen, Fachpläne und sonstige Planungen werden im Bedarfsfall bei den jeweiligen Schutzgütern betrachtet.

Die Art, wie die Umweltbelange bei der Planaufstellung berücksichtigt wurden, ergibt sich aus der nachfolgenden Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen und der bauleitplanerischen Abwägung.

Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes – Basisszenario und Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario), einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, und eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung, soweit diese Entwicklung gegenüber dem Basisszenario mit zumutbarem Aufwand auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeschätzt werden kann.

Landschaft, Landschaftsbild

Der Verfahrensbereich zählt zur naturräumlichen Haupteinheit 535 „Osnabrücker Hügelland“.

Der Planbereich befindet sich nördlich der Ortslage von Mettingen, östlich der Neuenkirchener Straße und umfasst eine Grünlandfläche, die dauernass ist und 2- bis 3-mal im Jahr zur Herstellung von Silage gemäht wird. Das weitere Umfeld ist geprägt zum einen durch die vorhandene Ver- und Entsorgungsfirma Recyclinghof Büscher-Seifert im Westen/Südwesten und zum anderen durch landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen) im Norden, Osten und Süden.

Eine Umwandlung von Wald geht mit dieser Planung nicht einher.

Das Landschaftsbild ist geprägt zum einen durch das vorhandene Betriebsgelände (Bürogebäude und Lagerflächen) des ansässigen Unternehmens im Westen, im Westen und Norden entlang der Planbereichsgrenze vom Gewässer 1220 sowie darüber hinaus im Norden, Osten und Süden von landwirtschaftlichen Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen).

Östlich, in rd. 520 m Entfernung, befindet sich das Naturschutzgebiet „Düsterdieker Niederung“ (ST-034).

Nördlich in geringer Entfernung schließt das gesetzlich geschützte Biotop BT-3612-0239-2008 (Seggen- und Binsenreiche Nasswiesen) an das Plangebiet an.

Im Bereich des Plangebietes und in der unmittelbaren Umgebung befinden sich ansonsten keine Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete sowie keine Wasserschutzgebiete, Naturdenkmale, Flächen aus dem Biotopkataster des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) oder Biotope, die nach § 62 LG NRW geschützt sind.

- Landschafts- und sonstige relevante Fachpläne

Landschafts- oder sonstige relevante Fachpläne liegen nicht vor.

Natura 2000, Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt, Artenschutz

In der Europäischen Union wurde 1992 beschlossen ein Schutzgebietsnetz (Natura 2000) aufzubauen. Das Netz Natura 2000 besteht aus den Gebieten der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-Richtlinie) und der Vogelschutzrichtlinie. Verschiedene Anhänge dieser Richtlinien führen Arten und Lebensraumtypen auf, die besonders schützenswert sind und deren Erhalt durch das Schutzgebietssystem gesichert werden soll. Im Map-Server des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) sind für den Verfahrensbereich und in einem Abstand von mehr als 300 m hierzu keine Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung bzw. Natura 2000 Gebiete (FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete) aufgezeigt. Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet (VSG Düsterdieker Niederung, DE-3612-401) liegt in einer Entfernung von mehr als 1,4 km und das nächste FFH-Gebiet (DE-3612-301, FFH Mettinger und Recker Moor) in über 3,0 km Entfernung.

Als Arbeitshilfe für die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes in der Bauleitplanung hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) eine Liste der planungsrelevanten Arten in NRW sowie großmaßstäbliche Angaben über deren Vorkommen in den einzelnen Regionen des Landes herausgegeben (FIS). Darüber hinaus führt das LANUV ein Fundortkataster der planungsrelevanten Arten, deren Inhalte projektbezogen Verwendung finden.

Nach der Liste der „Planungsrelevanten Arten“ in NRW für den Quadranten 4 im Messischblatt 3612 (Mettingen) bieten die im Plangebiet vorhandenen bzw. unmittelbar angrenzenden Lebensraumtypen Fließgewässer, Kleingehölze, Bäume, Äcker und Feucht-/Nasswiesen potentiell geeignete Lebensräume für 1 Säugetier (Fischotter), 10 Fledermausarten, 28 Vogelarten und eine Reptilienart. Im Fundortkataster des LANUV für das Vorkommen von planungsrelevanten Arten liegen für das Plangebiet selbst und im näheren Umfeld keine Angabe vor (LINFOS 07/2024).

Art	Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Erhaltungszustand in NRW (ATL)	Bemerkung	FlieG	KIGehoeI	Aeck	FeuW
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name							
Säugetiere								
Eptesicus serotinus	Breitflügelfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	U↓	(Na)	Na		Na
Lutra lutra	Fischotter	Nachweis ab 2000 vorhanden		U↑	FoRu, Na			
Myotis dasycneme	Teichfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na	(Na)	Na
Myotis daubentonii	Wasserfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na		(Na)
Myotis mystacinus	Kleine Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na		
Myotis nattereri	Fransenfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na		(Na)
Nyctalus leisleri	Kleinabendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	U	Na	Na		Na
Nyctalus noctula	Abendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	(Na)	Na	(Na)	(Na)
Pipistrellus nathusii	Rauhautfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	Na			
Pipistrellus pipistrellus	Zwergfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G	(Na)	Na		(Na)
Plecotus auritus	Braunes Langohr	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	G		FoRu, Na		Na
Vögel								
Accipiter gentilis	Habicht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	U		(FoRu), Na	(Na)	(Na)
Accipiter nisus	Sperber	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(FoRu), Na	(Na)	(Na)
Acrocephalus scirpaceus	Teichrohrsänger	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	FoRu			
Alauda arvensis	Feldlerche	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U↓			FoRu!	(FoRu)
Alcedo atthis	Eisvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	FoRu!			
Anas crecca	Krickente	Nachweis 'Rast/Wintervorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Ru			
Anthus trivialis	Baumpieper	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U↓		FoRu		
Athene noctua	Steinkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	U		(FoRu)	(Na)	(Na)
Buteo buteo	Mäusebussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(FoRu)	Na	(Na)
Carduelis cannabina	Bluthänfling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U		FoRu	Na	
Coturnix coturnix	Wachtel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U			FoRu!	
Cuculus canorus	Kuckuck	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U↓		Na		(Na)
Delichon urbica	Mehlschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U	(Na)		Na	(Na)
Dryobates minor	Kleinspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	U		Na		
Dryocopus martius	Schwarzspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(Na)		
Falco tinnunculus	Turmfalke	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G		(FoRu)	Na	(Na)
Hirundo rustica	Rauchschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U↓	U	(Na)	(Na)	Na	Na
Numenius arquata	Großer Brachvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden		U			(FoRu)	FoRu!

Oriolus oriolus	Pirol	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu			
Passer montanus	Feldsperling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U	(Na)	Na	Na	
Perdix perdix	Rebhuhn	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu!			
Phoenicurus phoenicurus	Gartenrotschwanz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U	FoRu		(Na)	
Streptopelia turtur	Turteltaube	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu	Na	(Na)	
Strix aluco	Waldkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Na	(Na)		
Sturnus vulgaris	Star	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	U		Na	Na	
Tringa ochropus	Waldwasserläufer	Nachweis 'Rast/Wintervorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Ru, Na		(Ru), (Na)	
Tyto alba	Schleiereule	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	G	Na	Na	Na	
Vanellus vanellus	Kiebitz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	S	S	FoRu!	FoRu!		
Vanellus vanellus	Kiebitz	Nachweis 'Rast/Wintervorkommen' ab 2000 vorhanden	S	U	(Ru), (Na)	Ru, Na	Ru, Na	
Reptilien								
Coronella austriaca	Schlingnatter	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	U	(FoRu)			

Über die genannten Angaben aus dem Fundortkataster hinaus liegen keine weiteren Informationen über das Vorkommen planungsrelevanter Arten bzw. sonstiger geschützter Arten im Plangebiet vor. Es gibt weiterhin keine Hinweise seitens der beteiligten und zuständigen Behörden auf das Vorkommen dieser Arten. Detaillierte floristische oder faunistische Untersuchungen sind nicht vorhanden. Der Gemeinde Mettingen liegen von daher keine Informationen über das Vorkommen der oben angesprochenen planungsrelevanten Arten bzw. sonstiger geschützter Arten im Plangebiet vor.

Daher wird um erhebliche Auswirkungen der Bauleitplanung auf die Belange des Artenschutzes und gegebenenfalls eine Betroffenheit durch den Verlust von Lebensräumen oder eine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungsstätten besser abschätzen zu können ein Fachbüro mit einer faunistischen Untersuchung bzw. Artenschutzprüfung (ASP) beauftragt.

Fläche, Boden, Flächen-/Bodenschutz und Wasser/Hochwasserschutz Altlasten, Kampfmittel, Bergbau

In der Bauleitplanung ist die Bodenschutzklausel im Sinne des § 1 a (2) BauGB in Verbindung mit § 1 ff. Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) und § 1 ff. Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) zu beachten. Insbesondere sind Bodenversiegelungen zu begrenzen, schädliche Bodenveränderungen sind zu vermeiden, Wieder-/Umnutzungen von versiegelten, sanierten Flächen genießen Vorrang. Besonders zu schützen sind Böden mit hochwertigen Bodenfunktionen gemäß § 2 (1) BBodSchG. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen ist besonders zu begründen. Diese Regelung steht im inhaltlichen Zusammenhang mit der sogenannten Umwidmungssperreklausel des § 1 a Absatz 2 Satz 2 BauGB, nach der landwirtschaftlich und als Wald genutzte Flächen nur im notwendigen Umfang um genutzt, also vor allem für bauliche Zwecke in Anspruch genommen werden sollen.

Der Verfahrensbereich stellt sich als dauernasse Grünlandfläche ohne Gehölzbewuchs dar. Einzelbäume und eine Teichanlage (Biotop) befinden sich außerhalb des Plangebietes nördlich

entlang des nördlichen Gewässers 1220. Eine Umwandlung von Wald geht mit dieser Planung nicht einher.

Nach der „Karte der schutzwürdigen Böden NRW (BK 50)“ des Geologischen Dienstes NRW befinden sich im Planbereich ein Anmoorgley, stellenweise Moorgley, stellenweise Niedermoor aus 2 – 6 dm anmoorigem Sand und schwach bis mittel lehmigem anmoorigen Sand und Niedermoor aus Bachablagerungen zum Teil Niedermoor des Holozän. Dieser lagern über Sand, der stellenweise schwach schluffig und stellenweise schwach lehmig ist aus Terrassenablagerungen des Jungpleistozän.

Im nordöstlichen Eckbereich des Plangebietes befindet sich ein Niedermoor, vereinzelt Moorgley aus 2 – 10 dm Niedermoor aus Niedermoor des Holozän. Dieser lagert über Sand, der stellenweise schwach schluffig und stellenweise schwach lehmig ist aus Terrassenablagerungen des Jungpleistozän, alternativ aus Bachablagerungen des Holozän.

Diese Moorböden haben eine hohe Funktionserfüllung als Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte und sind daher schutzwürdige Böden im Sinne des Bodenschutzgesetzes.

Für den Planbereich sind zurzeit keine Bodenbelastungen durch Altlasten, Altstandorte oder Altablagerungen und keine entsprechenden Verdachtsflächen i.S. des Runderlasses vom 14.03.2005 (SMBl.NW.S.582) bekannt.

Für das sich westlich anschließende Grundstück ist im Bereich des Hauptgebäudes außerhalb des Planbereiches eine altlastverdächtige Fläche mit der laufenden Nr. 14-23 vorhanden.

Auch Hinweise auf Kampfmittelvorkommen sind nicht bekannt. Sollte jedoch der Verdacht auf Kampfmittel aufkommen sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

Westlich und nördlich entlang der Planbereichsgrenze verläuft das Gewässer 1220, das zum Unterhaltungsverband Mettinger Aa gehört. Im Zuge der Überplanung soll ein wasserrechtlicher Antrag auf Verrohrung des westlichen Gewässerabschnittes gestellt werden.

Gemäß § 51 a des Landeswassergesetzes ist Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 1. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, vor Ort zu versickern, zu verrieseln oder ortsnahe in ein Gewässer einzuleiten, sofern dies ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit möglich ist.

Hochwasserschutz

Am 1. September 2021 ist der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH), als Anlage der Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen übergreifenden Hochwasserschutz (BGBl. I 2021, S. 3712) in Kraft getreten. Damit wurde neben den übergeordneten Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsplanes NRW eine zusätzliche raumordnerische Ebene eingeführt.

Der neue BRPH hat das Ziel, länderübergreifend die von Starkregen und Hochwasser ausgehenden Gefahren zu verringern. Von besonderer Bedeutung sind die Sicherung und Rückgewinnung natürlicher Überschwemmungsflächen, die Risikovorsorge in potentiell überflutunggefährdeten Bereichen (z.B. hinter Deichen) und der Rückhalt des Wassers in der Fläche des gesamten Einzugsgebiets. Für die Planungsabsicht im Rahmen der Bebauungsplanung sind insbesondere folgende Ziele und Grundsätze zu beachten bzw. zu berücksichtigen:

- Festlegungen zum Hochwasserrisikomanagement (Ziel I.1.1, Grundsatz I. 1.2)
- Klimawandel und -anpassung (Ziel I.2.1, Grundsatz I.2.2)
- Einzugsgebiet nach § 3 Nummer 13 WHG (Ziel II.1.3)

Im Rahmen der Bauleitplanung sind die Ziele und Grundsätze des Bundesraumordnungsplanes Hochwasserschutz zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels ist eine Gefährdung durch Hochwasserereignisse von oberirdischen Gewässern sowie Starkregen zu prüfen.

Das Plangebiet befindet sich innerhalb eines Überschwemmungsgebietes (gemäß § 76 Abs. 1 WHG) jedoch nicht innerhalb eines Gebietes, aus dem über oberirdische der gesamte Oberflächenabfluss an einer einzigen Flussmündung, einem Ästuar oder einem Delta ins Meer gelangt (gemäß § 3 Nr. 13 WHG).

Mensch und seine Gesundheit, Bevölkerung

Das Plangebiet schließt östlich an die vorhandenen Flächen zur Ver- und Entsorgung an. Im Süden, Osten und Norden befinden sich landwirtschaftlich genutzte Grün- und Ackerflächen.

Wohnbebauung ist innerhalb des Planbereiches nicht vorhanden. Die nächstgelegenen Wohngebäude befinden sich in über 300 m Entfernung.

In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass die im Außenbereich gelegenen Wohngebäude hinsichtlich ihrer Immissionsempfindlichkeit nicht einem Wohngebiet, sondern einem Dorfgebiet gleichgesetzt werden.

- Emissionen, Abfälle und Abwässer

Das anfallende Regenwasser wird auf dem Grundstück des Recyclinghofes versickert. Das anfallende Schmutzwasser wird in eine abflusslose Grube abgeleitet und dann zur Kläranlage abgefahren.

Unter Beachtung der Bestimmungen des geltenden Abfallgesetzes werden die anfallenden Abfallstoffe eingesammelt und ordnungsgemäß entsorgt. Innerhalb des Gemeindegebietes werden in ausreichendem Maße an geeigneten Stellen Depot-Container zur Sammlung wiederverwertbarer Abfallstoffe aufgestellt.

Luft und Luftqualität, Klima und Klimaschutz, Energienutzung

Der betroffene Bereich weist gegenwärtig keine hervorzuhebende Bedeutung hinsichtlich der klimatischen Verhältnisse und der Luftqualität im Ortsbereich von Mettingen (Luftaustausch, Kaltluftentstehung) auf.

Mit der BauGB-Novelle 2011 sind der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Anknüpfung an den Nachhaltigkeitsgrundsatz in § 1 Abs. 5 BauGB sozusagen als Programmsatz in das städtebauliche Leitbild integriert worden. Dabei „soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.“ Die Belange des Klimaschutzes sind daher bei der Aufstellung von Bauleitplänen verstärkt in die Abwägung einzustellen.

Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

*Kultur- und sonstige Sachgüter
Denkmalpflege und Denkmalschutz*

Es sind keine Baudenkmale noch sonstige Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes (DSchG NRW) bzw. Objekte, die im Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes der Gemeinde Mettingen, ausgestellt vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege, enthalten sind, innerhalb des Planbereiches vorhanden.

Bodendenkmale (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde, aber auch Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) sind nicht bekannt, könnten aber bei Ausschachtungsarbeiten entdeckt werden.

Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei einem Unterbleiben der Planung, der sog. Nullvariante, würde die bisherige Nutzung im Planbereich fortgeführt. Daraus würden sich keine abweichenden Umweltauswirkungen gegenüber der heutigen Situation ergeben, jedoch müsste der Bedarf nach Flächen für die Ver- und Entsorgung an anderer, nicht so gut integrierter Stelle gedeckt werden.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Hierzu sind, soweit möglich insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bis i zu beschreiben.

Grundsätzlich können bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkfaktoren auf die Umweltmedien unterschieden werden.

Die durch Baumaßnahmen bedingten Auswirkungen sind nur temporärer Art und von daher allein beachtlich, wenn sie dennoch zu nachhaltigen Beeinträchtigungen führen. Derzeit ist jedoch nicht erkennbar, dass damit nachhaltige Auswirkungen verbunden sind. Die betriebsbedingten Wirkungen sind in die nachfolgende Prognosebeschreibung integriert.

Landschaft, Landschaftsbild

Auswirkungen infolge des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten sowie infolge der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen

Erhebliche oder nachhaltige negative Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild sind aufgrund des lokalen Ortsbild prägenden Recyclinghofes und die Erweiterungsfläche, die sich nach Osten hin Richtung landwirtschaftlicher Nutzflächen erstreckt nicht zu erwarten.

Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz (Biotope, Naturschutzgebiete, Natura 2000 Gebiete) liegen in ausreichender Entfernung zum Plangebiet, so dass die geplante Nutzung des Verfahrensbereiches keinen Einfluss auf diese ausübt.

- Landschafts- und sonstige relevante Fachpläne

Da der Verfahrensbereich außerhalb von Landschaftsplänen liegt und auch andere relevante Fachpläne nicht vorliegen, ergeben sich durch diese Planung keine Auswirkungen.

Natura 2000, Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt, Artenschutz

Auswirkungen infolge der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist

Nach der Regelfallvermutung gemäß VV-Habitatschutz (Nr. 4.2.2) kann in der Regel nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten durch in Flächennutzungsplänen darzustellende Bauflächen im Sinne des § 1 Abs. 1 BauNVO/§ 5 Abs. 2 BauGB und in Bebauungsplänen auszuweisende Baugebiete im Sinne des § 1 Abs. 2 BauNVO/§ 9 Abs. 1 BauGB bei Einhaltung eines Mindestabstands von mindestens 300 m zu den Gebieten ausgegangen werden. Eine Betroffenheit der Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung (Natura 2000-Gebiete) kann danach ausgeschlossen werden, da das nächstgelegene Vogelschutzgebiet (VSG Düsterdieker Niederung, DE-3612-401) in einer Entfernung von mehr als 1,4 km und das nächste FFH-Gebiet (DE-3612-301, FFH Mettinger und Recker Moor) in über 3,0 km Entfernung liegt.

Die für den Planquadrant aufgezeigten planungsrelevanten Arten können größtenteils für das Plangebiet wegen der westlich angrenzenden gewerblichen Nutzung und der intensiv betriebenen Landwirtschaft (Äcker, Viehweiden) ohne nennenswerten Gehölzbewuchs innerhalb des Plangebietes, der Habitatausprägung sowie aufgrund der Lebensraumansprüche dieser Arten unberücksichtigt bleiben.

Dennoch wird um erhebliche Auswirkungen der Bauleitplanung auf die Belange des Artenschutzes und gegebenenfalls eine Betroffenheit durch den Verlust von Lebensräumen oder eine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungsstätten besser abschätzen zu können, ein Fachbüro mit einer faunistischen Untersuchung bzw. Artenschutzprüfung (ASP) beauftragt.

Mit der geplanten baulichen Nutzung dieses Bereiches wird ein Eingriff in Natur und Landschaft, durch die Versiegelung einer dauernassen Grünlandfläche ohne Gehölzbewuchs, hervorgerufen.

Einzelbäume und eine Teichanlage (Biotop) befinden sich außerhalb des Plangebietes nördlich entlang des nördlichen Gewässers 1220 und bleiben erhalten.

Fläche, Boden, Flächen-/Bodenschutz und Wasser/Hochwasserschutz

Altlasten, Kampfmittel, Bergbau

Auswirkungen infolge der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist sowie infolge der Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung sowie infolge der eingesetzten Techniken und Stoffe.

Die Plangebietsflächen grenzen an vorhandene gewerblich genutzte Bereiche im Westen an und werden über das bestehende Betriebsgelände, das an der Neuenkirchener Straße liegt, erschlossen.

Durch die Inanspruchnahme des Bodens / der Fläche sind Auswirkungen insofern zu erwarten, als durch die Errichtung von Gebäuden mit ihren Zufahrten und sonstigen versiegelten Flächen der Oberboden abgetragen und die Bodenoberfläche versiegelt wird, so dass diese Flächen keine ökologische Regelungsfunktionen mehr übernehmen können; dabei ist der vorliegende Boden (Moorboden) ein schutzwürdiger Boden nach dem Bundesbodenschutzgesetz.

Die Inanspruchnahme der dauernassen Grünlandfläche ist unvermeidbar, da dieser Bereich an bestehende Gewerbestrukturen anschließt, dem ansässigen Unternehmen zur Existenzsicherung als Erweiterungsflächen im direkten Anschluss an das bereits vorhandene Betriebsgelände dient und vorhandene Infrastruktureinrichtungen sinnvoll mitgenutzt werden können.

Um Beeinträchtigungen bzw. Schädigungen der Bodenfunktionen so gering wie möglich zu halten, werden die ordnungsgemäße Lagerung und der spätere Wiedereinbau des Oberbodens besonders empfohlen.

Altlasten sind für den Planbereich selbst nicht bekannt, so dass diesbezüglich keine Maßnahmen erforderlich sind.

Hinweise auf Kampfmittel liegen nicht vor. Sollte jedoch der Verdacht auf Kampfmittel aufkommen, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

Das anfallende Regenwasser wird auf dem Grundstück des Recyclinghofes versickert. Das anfallende Schmutzwasser wird in eine abflusslose Grube abgeleitet und dann zur Kläranlage abgefahren.

Gewerbebetriebe mit anderen als häuslichen Abwässern müssen ihre Abwässer erforderlichenfalls so vorbehandeln, dass sie der Kläranlage schadlos zugeführt werden können.

Gewerbebetriebe mit anderen als häuslichen Abwässern müssen ihre Abwässer erforderlichenfalls so vorbehandeln, dass sie der Kläranlage schadlos zugeführt werden können.

Unter Beachtung der Bestimmungen des geltenden Abfallgesetzes werden die anfallenden Abfallstoffe eingesammelt und ordnungsgemäß entsorgt. Innerhalb des Gemeindegebietes werden in ausreichendem Maße an geeigneten Stellen Depot-Container zur Sammlung wiederverwertbarer Abfallstoffe aufgestellt.

Hochwasserschutz

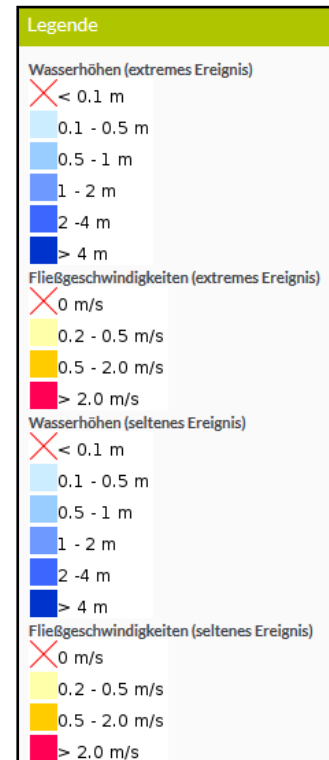
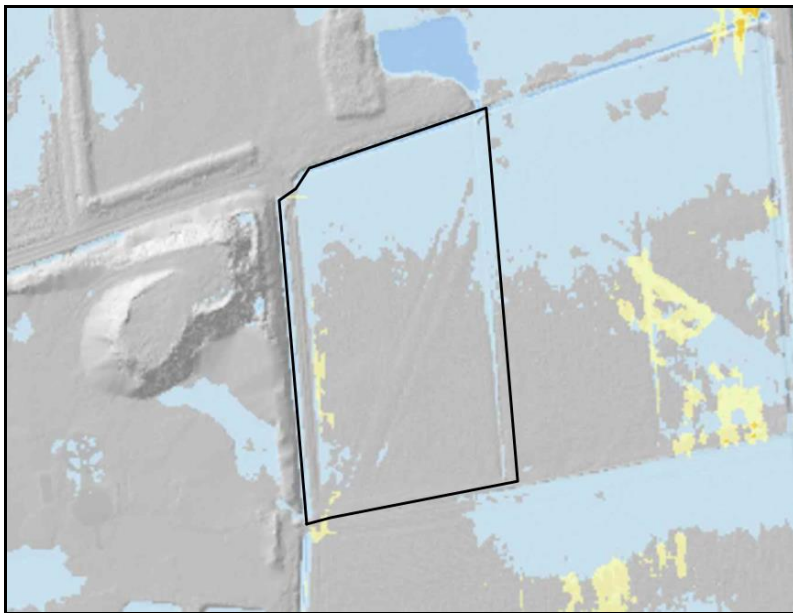
Raumbedeutsame Maßnahmen zum Hochwasserschutz sind innerhalb des Plangebietes nicht vorhanden bzw. vorgesehen.

Das Plangebiet befindet sich zudem nicht innerhalb eines Gefahren- bzw. Risikogebietes außerhalb von Überschwemmungsgebieten (gemäß § 78 b WHG). Jedoch liegt es innerhalb des Überschwemmungsgebietes der Mettinger Aa.

Eine grenzüberschreitende Koordinierung der Planungen und Maßnahmen zum Hochwasserschutz zur Minimierung der Hochwasserrisiken ist aufgrund der Lage des Plangebietes nicht erforderlich.

Anhand vorliegender Erkenntnisse sind durch die Lage und die bauliche Prägung des Plangebietes keine Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse zu erwarten.

Nach der Starkregengefahrenkarte NRW der Themenkarten des Geoportals NRW handelt es sich um einen Bereich, der teilweise überflutet werden kann. Im nördlichen Planbereich ergeben sich mögliche Überflutungen von 0,1 bis 0,5 m Wasserhöhe.



Es wird darauf hingewiesen, dass jeder Eigentümer im Zusammenhang mit Niederschlagswässern sein Grundstück gegen Überflutung infolge von Starkregenereignissen schützen sollte.

Mensch und seine Gesundheit, Bevölkerung

Auswirkungen infolge der Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle oder Katastrophen)

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen für die betroffene Bevölkerung, die Menschen und deren Gesundheit im als auch im Umfeld des Plangebietes sind nicht zu erwarten.

Beim Auftreten ungewöhnlicher/unvorhergesehener Situationen (Unfälle, Katastrophen, etc.) kann zurzeit auf den Katastrophenschutz des Kreises Steinfurt zurückgegriffen werden (Stabsstelle Katastrophenschutz, Taschennotfallplan, etc.).

Zudem sind vor Ort eine Feuerwehr, die sich neben dem Ordnungsamt um den Zivil- und Katastrophenschutz kümmert, mit einem Notarzt und Rettungssanitäter mit einer 12 Stunden Bereitschaft und einem Notarzteinsetzfahrzeug vorhanden.

- Emissionen, Abfälle und Abwässer

mögliche Auswirkungen infolge der Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen

Das anfallende Regenwasser wird auf dem Grundstück des Recyclinghofes versickert. Das anfallende Schmutzwasser wird in eine abflusslose Grube abgeleitet und dann zur Kläranlage abgefahren.

Gewerbebetriebe mit anderen als häuslichen Abwässern müssen ihre Abwässer erforderlichenfalls so vorbehandeln, dass sie der Kanalisation und Kläranlage schadlos zugeführt werden können.

Unter Beachtung der Bestimmungen des geltenden Abfallgesetzes werden die anfallenden Abfallstoffe eingesammelt und ordnungsgemäß entsorgt. Innerhalb des Gemeindegebietes werden

in ausreichendem Maße an geeigneten Stellen Depot-Container zur Sammlung wiederverwertbarer Abfallstoffe aufgestellt. Durch einen sachgerechten Umgang mit Abfällen und Abwasser auf der Grundlage geltender Gesetze werden Belastungen der Umwelt vermieden.

Luft und Luftqualität, Klima und Klimaschutz, Energienutzung

Auswirkungen infolge der Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels

Erhebliche oder nachhaltige Auswirkungen auf die Luft und das Klima sind durch die Bauleitplanung nicht zu erwarten, da der betroffene Bereich gegenwärtig keine hervorzuhebende Bedeutung hinsichtlich der klimatischen Verhältnisse im Ortsbereich von Mettingen (Luftaustausch, Kaltluftentstehung) aufweist. Die vorhandene Vegetation hat lediglich Auswirkungen auf das Mikroklima durch Luftregeneration (Bindung von CO₂ und Staub).

Seitens der Gemeinde wird grundsätzlich eine energieeffiziente Ausleuchtung des öffentlichen Raumes (z.B. Straßenbeleuchtung etc.) angestrebt.

Zusätzlich verpflichtet das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) Eigentümer von Neubauten zum Einsatz erneuerbarer Energien.

*Kultur- und sonstige Sachgüter
Denkmalpflege und Denkmalschutz*

Da im Plangebiet keine Baudenkmale vorhanden sind und Ihre Entdeckung der Gemeinde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Münster, unverzüglich anzuzeigen ist (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz), sind erhebliche oder nachhaltige Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter nicht zu erwarten.

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes
nach den Buchstaben a bis d (§ 1 Abs.6 Nr. 7 Buchstabe a bis d des BauGB)

Es werden keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern Mensch einerseits und Tier, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Energie sowie Kultur- und Sachgütern andererseits erwartet, die besonders herauszustellen wären.

Beschreibung der Umweltschutzmaßnahmen

Eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen, sowie gegebenenfalls geplante Überwachungsmaßnahmen. In dieser Beschreibung ist zu erläutern, inwieweit erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden, verhindert, verringert oder ausgeglichen werden, wobei die Bauphase als auch die Betriebsphase abzudecken ist.

Vermeidung, Verhinderung, Verringerung, Ausgleich

Bei der Auswahl der Flächen werden dauernasse Grünlandflächen im Anschluss an vorhandene Gewerbenutzungen mit schützenswerten Böden (Moorboden) nach dem BBodSchG in Anspruch genommen, welche die einzige Option des ansässigen Unternehmens ist, dringend benötigte Erweiterungsflächen für die Existenzsicherung zu generieren, so dass die Inanspruchnahme dieser ökologisch wertvollen Flächen unausweichlich ist.

Zum Schutz von Kultur- und sonstigen Sachgütern ist die Entdeckung von Bodendenkmälern der Gemeinde Mettingen und dem Landschaftsverband Westfalen – Lippe, Westf. Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Münster, unverzüglich anzuzeigen (§§ 16, 17 DSchG).

Unter Beachtung der Bestimmungen des geltenden Abfallgesetzes werden die anfallenden Abfallstoffe eingesammelt und ordnungsgemäß entsorgt. Innerhalb des Gemeindegebietes werden in ausreichendem Maße an geeigneten Stellen Depot-Container zur Sammlung wieder verwertbarer Abfallstoffe aufgestellt. Durch einen sachgerechten Umgang mit Abfällen und Abwasser auf der Grundlage geltender Gesetze werden Belastungen der Umwelt vermieden.

Das anfallende Regenwasser wird auf dem Grundstück des Recyclinghofes versickert. Das anfallende Schmutzwasser wird in eine abflusslose Grube abgeleitet und dann zur Kläranlage abgefahren.

Gewerbebetriebe mit anderen als häuslichen Abwässern müssen ihre Abwässer erforderlichenfalls so vorbehandeln, dass sie der Kläranlage schadlos zugeführt werden können.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen für die betroffene Bevölkerung, die Menschen und deren Gesundheit im als auch im Umfeld des Plangebietes sind nicht zu erwarten.

Auch wenn keine Belastung von Kampfmitteln vorliegt, wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass sollte der Verdacht auf Kampfmittel aufkommen die Arbeiten sofort einzustellen sind und unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen ist.

Um Beeinträchtigungen bzw. Schädigungen der Bodenfunktionen (Moorboden) so gering wie möglich zu halten, werden die ordnungsgemäße Lagerung und der spätere Wiedereinbau des Oberbodens besonders empfohlen.

Eingriff/Ausgleich

Die nachstehende Eingriffsbilanzierung erfolgt entsprechend der durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegebenen "Arbeitshilfe für die Bauleitplanung - Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft" sowie der „Numerischen Bewertung von Biotoptypen in der Eingriffsregelung und in der Bauleitplanung in NRW“. Diese Arbeitshilfe sieht eine Bewertung der Eingriffssituation auf der Grundlage der nachstehenden Tabelle in folgenden Schritten vor:

- A) Bewertung der Ausgangssituation des Untersuchungsraumes
- B) Bewertung des Zustands des Untersuchungsraumes gemäß den geplanten Festsetzungen des Bebauungsplanes
- C) Erstellung einer Gesamtbilanz

A.) Ausgangszustand des Untersuchungsraumes für den Planbereich						
Code (lt. Biotopwertliste)	Biotop (lt. Biotopwertliste)	Fläche (m²)	Grundwert A (lt. Biotopwertliste)	Gesamtkorrekturfaktor	Gesamtwert	Einzelflächenwert
1.4	Feldweg	529	3	1	3	1.587
3.6	Feucht-/Nasswiese (Moorboden)	7.175	5	1,2	6	43.050
	Summe	7.704	Gesamtflächenwert A Summe			44.637

B.) voraussichtlicher Zustand des Untersuchungsraumes gemäß den geplanten Festsetzungen des nachfolgenden Bebauungsplanes						
Code (lt. Biotopwertliste)	Biotop (lt. Biotopwertliste)	Fläche (m ²)	Grundwert P (lt. Biotopwertliste)	Gesamtkorrekturfaktor	Gesamtwert	Einzelflächenwert
1.1	Versiegelte Fläche (bebaubare Fläche) max. 80 %	6.163	0	1	0	0
7.2	Hecke, Wallhecke, Gehölzstreifen mit lebensraumtypischen Gehölzen mind. 20 %	1.541	5	1	5	7.705
Summe		7.704	Gesamtflächenwert B Summe			7.705

C.) Gesamtbilanz (Gesamtflächenwert B - Gesamtflächenwert A) 7.705 – 44.637 = – 36.932

Aus der Gegenüberstellung von Bestand und Planung ergibt sich unter Zugrundelegung der geplanten Bebauungsmöglichkeiten ein Kompensationsdefizit von 36.932 Werteinheiten. Es ist vorgesehen, das sich aus der Gegenüberstellung von Bestand und Planung ergebende Kompensationsdefizit innerhalb des Plangebietes durch Baumpflanzungen und der Anlage von Hecken/Wallanlage sowie extern durch die Anlage von Wald auf Acker auszugleichen.

Übersicht über anderweitige Planungsmöglichkeiten

Wobei die Ziele und der räumliche Geltungsbereich des Bauleitplans zu berücksichtigen sind, und die Angabe der wesentlichen Gründe für die getroffene Wahl.

Mit dieser Bauleitplanung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Flächen für die Ver- und Entsorgung geschaffen werden, wodurch eine sinnvolle Weiternutzung vorhandener Infrastruktureinrichtungen sichergestellt werden kann.

Andere mögliche Flächen wie Baulücken oder Brachflächen, die aufgrund der Forcierung der Innenentwicklung und der Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme vorrangig in Betracht gezogen werden sollen, sind in entsprechender Ausgestaltung nicht vorhanden.

Die Verfügbarkeit entsprechender Flächen stellt eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung der Planung dar. In diesem Zusammenhang konnte das ansässige Unternehmen bereits den Großteil der Flächen akquirieren.

Nach den ermittelten Flächenbedarfe für die Wirtschaft ist die Inanspruchnahme der Planbereichsfläche bedarfsgerecht, zumal ein vor Ort ansässiges Unternehmen diese Flächen als Betriebserweiterung zur Standortsicherung benötigt. Somit kann eine kostspielige Umsiedlung, die einen hohen Flächenverbrauch an anderer Stelle hervorrufen würde, verhindert und die somit nicht in Anspruch genommenen Flächen im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden für andere Betriebe vorgehalten werden.

Die Planbereichsflächen stellen derzeit die einzig mögliche und verfügbare Option für die Erweiterung eines ansässigen Unternehmens zur Existenz- und Standortsicherung und somit zur moderaten Erweiterung der vorhandenen Flächen für Ver- und Entsorgung dar. Dies schließt anderweitige Lösungsmöglichkeiten aus.

Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 Absatz 6 Nr. 7 Buchstabe i BauGB

Zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen können die vorhandenen Ergebnisse anderer rechtlich vorgeschriebener Prüfungen genutzt werden; soweit angemessen, sollte diese Beschreibung Maßnahmen zur Verhinderung oder Verminderung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen solcher Ereignisse auf die Umwelt sowie Einzelheiten in Bezug auf die Bereitschafts- und vorgesehenen Bekämpfungsmaßnahmen für derartige Krisenfälle erfassen.

Nach § 50 des Bundesimmissionsgesetzes (BImSchG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, das schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete, sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, so weit wie möglich vermieden werden.

Die Seveso-III-Richtlinie und die Störfallverordnung definieren sehr spezifische Grundlagen für die Ermittlung angemessener Abstände zwischen schutzbedürftigen Gebieten und Betriebsbereichen, in denen gefährliche Stoffe verwendet werden oder vorkommen.

Hinweise auf Kampfmittel liegen nicht vor. Da ein Vorkommen von Kampfmitteln jedoch nicht völlig ausgeschlossen werden kann, wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass sollte der Verdacht auf Kampfmittel aufkommen die Arbeiten sofort einzustellen sind und unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen ist.

Zusätzliche Angaben

Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse.

Für die Erstellung des Umweltberichtes waren keine technischen Verfahren erforderlich.

Eine Auflistung der verfügbaren und ausgewerteten Quellen ist der Referenzliste bzw. Quellenverzeichnis zu diesem Umweltbericht zu entnehmen.

Bei der Zusammenstellung der Unterlagen sind keine Schwierigkeiten aufgetreten, die herauszustellen wären.

Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring) der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt.

Das Monitoring dient der Überwachung der umweltrelevanten Auswirkungen der Bauleitplanung. Insbesondere soll es ein frühzeitiges Erkennen unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen ermöglichen, um geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Die umweltrelevanten Auswirkungen beschränken sich im Wesentlichen auf die Versiegelung einer bisher unbebauten Grünfläche die sich derzeit als dauernasse Grünlandfläche darstellt. Diese Eingriffe werden durch Maßnahmen gemäß der Eingriffsregelung ausgeglichen. Zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung der Beeinträchtigungen bzw. Schädigungen der Bodenfunktion werden die ordnungsgemäße Lagerung und der spätere Wiedereinbau des Oberbodens besonders empfohlen.

Die Umsetzung der Planung erfolgt durch entsprechende Auflagen in der baurechtlichen Genehmigung; dabei werden detaillierte Auflagen unter Beteiligung der Umweltschutzbehörden (Immissionsschutz, Arbeitsschutz etc.) in den Genehmigungsbescheid aufgenommen.

Darüber hinaus wird auf die Informationspflicht der Umweltbehörden verwiesen, sollten durch diese unvorhergesehene Umweltauswirkungen festgestellt werden.

Allgemein verständliche Zusammenfassung

der erforderlichen Angaben nach Anlage 1 zum Baugesetzbuch.

Das Plangebiet weist aufgrund seiner Lage Besonderheiten auf:

- Die Erschließung für die Erweiterung der Fläche für Ver- und Entsorgung erfolgt über das bestehende Betriebsgelände, das einen direkten Anschluss an die Neuenkirchener Straße hat.
- Die Plangebietsfläche grenzt an vorhandene Flächen für Ver- und Entsorgung an. Bauflächen werden ausschließlich auf dauernassen landwirtschaftlich genutzten Flächen (Silageherstellung) mit geringer Artenvielfalt ohne Gehölzbewuchs realisiert.
- Östlich, in rd. 520 m Entfernung, befindet sich das Naturschutzgebiet „Düsterdieker Niederung“ (ST-034).
Nördlich in geringer Entfernung schließt das gesetzlich geschützte Biotop BT-3612-0239-2008 (Seggen- und Binsenreiche Nasswiesen) an das Plangebiet an.
Auch sind für den Verfahrensbereich und in einem Abstand von über 300 m hierzu keine Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung bzw. Natura 2000 Gebiete (FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete) aufgezeigt. Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet (VSG Düsterdieker Niederung, DE-3612-401) liegt in einer Entfernung von mehr als 1,4 km und das nächste FFH-Gebiet (DE-3612-301, FFH Mettinger und Recker Moor) in über 3,0 km Entfernung.
- Aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung zur Silageherstellung, der geringen Artenvielfalt, ohne bekanntem Vorkommen seltener oder geschützter Arten, sowie der westlich angrenzenden Gewerbebebauung hat das Plangebiet voraussichtlich keine hervorzuhebende Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.
- Das anfallende Regenwasser wird auf dem Grundstück des Recyclinghofes versickert. Das anfallende Schmutzwasser wird in eine abflusslose Grube abgeleitet und dann zur Kläranlage abgefahren.
- Da dieser Bereich derzeit die einzig mögliche und auch verfügbare Option für die Ausweisung einer Erweiterung der Flächen für Ver- und Entsorgung darstellt, ist die Inanspruchnahme der Planbereichsflächen unvermeidbar und wird im Rahmen der Eingriffsbewertung entsprechend ausgeglichen. Um Beeinträchtigungen bzw. Schädigungen der Bodenfunktionen so gering wie möglich zu halten, werden die ordnungsgemäße Lagerung und der spätere Wiedereinbau des Oberbodens besonders empfohlen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die von dem Vorhaben ausgehenden Auswirkungen sich im Wesentlichen auf die Bebauung und Versiegelung einer dauernassen Grünlandfläche beziehen. Diese Eingriffe werden durch Maßnahmen gemäß der Eingriffsregelung sowohl innerhalb als auch außerhalb des Plangebietes ausgeglichen, so dass aus der vorliegenden Planung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen resultieren.

Referenzliste der Quellen,

die für die im Bericht enthaltenen Beschreibungen und Bewertungen herangezogen wurden.

Regionalplan Münsterland, Bezirksregierung Münster – Regionalplanungsbehörde, Münster

Landesentwicklungsplan NRW, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, Düsseldorf

Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465) geändert worden ist

Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW (LANUV 2008)

Verwaltungsvorschrift (VV) zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Habitatschutz (VV-Habitatschutz) Rd.Erl. d. Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW v. 06.06.2016, - III 4 - 616.06.01.18 -

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt entsprechend der durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegebenen "Arbeitshilfe für die Bauleitplanung - Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft" und der Numerischen Bewertung von Biotoptypen in der Eingriffsregelung und in der Bauleitplanung in NRW.

Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist.

Störfall-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), die zuletzt durch Artikel 1a der Verordnung vom 08. Dezember 2017 (BGBl. I S. 3882) geändert worden ist.

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen, online unter: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/artenschutz/de/start>

Information und Technik Nordrhein-Westfalen, online unter: <http://www.geoserver.nrw.de>

Geodatenatlas Kreis Steinfurt, online unter: <http://kreis-steinfurt.map-server.de>

Geologischer Dienst NRW Auskunftssystem BK50 - Karte der schutzwürdigen Böden –, online unter: <https://www.tim-online.nrw.de/tim-online2/>

GEOportal NRW, Themenkarten-Starkregengefahrenkarte NRW, online unter: <https://www.geoportal.nrw/>

Arbeitsblatt DWA-A 138, Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser; Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (Hrsg.), April 2005, Hennef

Mettingen, im September 2024

Gemeinde Mettingen
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag:

Felix Sieker
(Dipl.-Ing.)